

Erscheint täglich  
früh 6<sup>1/2</sup>, Uhr.

Redaktion und Expedition

Schulstrasse 33.

Redakteur der Redaktion:

Mittwoch 10—11 Uhr.

Donnerstag 4—5 Uhr.

Ausnahme der für die nächst-

folgenden Nummer bestimmten

Zeitrate zu Mochingen bis

8 Uhr Nachmittags, im Sonn-

und Festtagen früh bis 10 Uhr.

In den kleinen für Jaf. Amtshaus

Otto-Riemann, Untermarkt 22,

Kontor 22. Postamt 18. Uhr.

aber bis 10 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

## Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nº 88.

Donnerstag den 29. März 1877.

71. Jahrgang.

## Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum Abholen des Tageblattes beim Quartalwechsel den Andrang möglichst zu beschränken, können die geehrten Abonnenten Karte und Rechnung bereits von heute an in Empfang nehmen lassen.

### Expedition des Leipziger Tageblattes.

#### Die allgemeine Ausstellung

der Schülerzeichnungen sämtlicher Leipziger Stadtschulen bleibt, vielfachen Aufforderungen und Wünschen zu entsprechen, noch bis Sonnabend Mittag 12 Uhr geöffnet. Ausstellungsort: 1. Bürgerschule für Knaben, 1. Etage. Eintritt frei für Jedermann.

Ausgestellt sind die Zeichnungen: vom Thomas- und Nicolaigymnasium, Realschule I. Ordnung, Realschule II. Ordnung, höhere Bürgerschule für Mädchen, 1. bis 5. Bürgerschule, 1. bis 4. Bürgerschule, Rathäreschule und Fortbildungsschule für Mädchen. Die Fortbildungsschule für Knaben ist nur durch Klasse 20—40 vertreten.

Zum Besuch der Ausstellung laden ergeben sich

F. Glinzer, städt. Zeicheninspector.

Leipzig, 28. März.

Der Reichstag ist in die Ferien gegangen, nachdem er fleißig gearbeitet hat, ohne doch erheblich vorwärts zu kommen. Nur zwei Punkte hat er endgültig erledigt: es sind dies die Gesetze, welche die Landesgesetzgebung in Elsass-Lothringen und dem Sitz des Reichsgerichts betreffen. Durch das erste ist ein neuer Schritt vorwärts getan worden in der moralischen Erobierung der Reichslande, deren Selbstverwaltungsbreite, vertreten in ihrem Landesausschusse, auf Kosten des Reichstages erweitert worden sind. Hoffen wir, daß das Vertrauen, mit dem das Reich den wieder gewonnenen Stammesbrüdern entgegenkommt, mit Vertrauen belohnt werden wird. In dieser Hoffnung werden wir bestürzt durch die exquiste Rücksicht, die die Vertreter der Reichslande, die früher groß und protestirend im Windel standen, in dieser Session zum ersten Male thätig an den Arbeiten des Reichstages teilnahmen. Durch den Beschluß über den Sitz des Reichsgerichts ist eine Frage, die zu erregten Feinden zu führen drohte, zum Abschluß gebracht und einem Conflict zwischen Reichstag und Bundesrat vorgebeugt worden, und während die Gegner der Wahl Leipzig in dieser einen Sieg des Particularismus erblickten, stellt sich jetzt heraus, daß gerade diese Wahl einen wesentlichen Sieg des Reichsgeistes mit sich bringt. Sachsen wird ein wichtiges Hoheitsrecht opfern und sein eigenes Obergericht einzulösen müssen — ein Opfer, das schon jetzt zu bringen ihm nicht eingefallen wäre, wenn das Reichsgericht seinen Sitz in Berlin erhalten hätte.

Die anderen Arbeiten hatten noch der Erledigung, und der am 10. April aus den Ferien zurückkommende Reichstag wird überreichem Stoff vorfinden: außer dem grobenthal noch nicht durchübersehenen Haushaltplan die Gesetze über die Bewaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches und über die Errichtung eines Reichsrechnungshofes, das Staatsfahnenfahne, das Eisenbahngesetz, das Patentgesetz. Letzteres wird aber nicht die einzige Vorlage sein, die sich auf wirtschaftliche Dinge bezieht; aus der Mitte des Hauses selbst ist von den verschiedenen Parteien eine ganze Reihe von Anträgen vorbereitet und eingereicht, die sich mit der Gewerbeordnung, der Zoll- und Handelspolitik und allerlei wirtschaftlichen Fragen zu schaffen machen.

Wir haben die betreffenden Anträge bereit zur Kenntnis unserer Leser gebracht. Leider versprechen wir uns wenig wirklichen Erfolg von den meisten derselben. Unsere wirtschaftliche Gesetzgebung mag ja vielfach an Fehlgriffen und Lücken leiden. Diese sind aber lange nicht so tiefsitzend, als daß sie den jetzigen Rothstand verschuldet haben sollten, wie die Socialisten, die Klerikalen und die Deutschkonservativen vorgeben. Nach den Anträgen der Letzteren brauchen wir nur unsere wirtschaftliche Gesetzgebung umzubilden oder zurückzubilden — und es wäre dann alles wieder gut. Schade nur, daß die Herren fort und fort rufen: Es muß anders werden! — darüber aber sehr wenig sagen, wie das gemacht werden soll.

Der Antrag der Centrumspartei spielt nur mit Worten, wenn er eine "Revision der Gewerbefreiheit, der Freizügigkeit" usw. verlangt. Will er diese Freiheiten eingeschränkt oder abgeschafft wissen? Will er die Gewerbetreibenden und Handwerker wieder an die Scholle binden, den alten Zunftzwang wieder einführen? Wie soll das heutige angefehlte werden? Gewerbefreiheit und Freizügigkeit können nicht von einer Gewerbeordnung dictirt und beliebig abdecreetet werden; aus dem gesamten Gewerbe unserer modernen Industrie und Verkehr verhältnisse hervorgegangen, können sie nur ab-

geschafft werden, wenn es gelingt, diese selbst zu zerstören. Halten die Klerikalen das für ausführbar? Gewiß nicht. Sehen sie nicht, daß auch in allen anderen Ländern, in denen die Industrie ihr Wesen treibt, die Folgen der Überproduktion sich fühlbar machen, daß auch dort Tausende und Übertausende feiern, daß auch dort der Rothstand sich ausbreitet? Sie sehen es wohl, und dennoch richten sie ihre Angriffe gegen die deutsche Regierung, gegen die deutsche Wirtschaftsgesetzgebung. Der Rothstand, der Jedermann ohne Unterschied der Parteistellung zu Herzen geht, ist den Feinden des Reiches eben nur ein Mittel zum Zweck. Sie hassen das Reich, und darum sprechen sie so viel von dem Ehre des Volkes, an dem das Reich schuld sei. Sie begeben sich damit in die Hafträume der Sozialdemokratie, die ja schon vor langen Jahren einen damals noch gar nicht vorhandenen Rothstand zu ihren kommunistischen Parteizweden ausdeutete. Leider hat sich auch die Fortschrittspartei an manchen Orten auf diesen Abweg verleiten lassen. Als ob damit etwas geholfen wäre, wenn angenehm Klingende Schlagwörter ins Volk geworfen und Hoffnungen erwidert werden, ohne daß von praktischen Vorschlägen die Rede ist!

Diese betrübende Ercheinung ist leider nur Deutschland eigenständlich. Den Rothstand teilen wir mit anderen Ländern; nirgends aber wird er benutzt, um Parteicapital daraus zu schlagen, um das Volk, statt ihm nach Kräften zu helfen, noch mehr zu erbittern, es aufzureißen gegen die bestehende Ordnung und Gesetzgebung und seine Liebe zum Vaterland zu erlösen!

In den Kreisen des höheren deutschen Lehrerstandes in Elsass-Lothringen zeigt sich seit einiger Zeit Missstimmung und Despotismus über verschiedene Maßnahmen der Schulverwaltung, denen einflussreiche Pädagogen eine verderbliche Wirkung beilegen zu müssen glauben. Borauslich wird die Angelegenheit auch im Reichstag zur Sprache kommen, und sie ist wichtig genug, ihr Aufmerksamkeit zu schenken. Eine Reihe treffender und unterrichtender Bemerkungen in dieser Hinsicht findet sich in einer kürzlich erschienenen Schrift des Oberlehrers Dr. G. Kauffmann in Straßburg: "Der Kampf der französischen und deutschen Schulorganisation und seine neuzeitliche Phase in Elsass-Lothringen" (in den deutschen Zeit- und Streitfragen). Der Verfasser bezeichnet als einen Hauptfeind des französischen Schulnessens, daß die Lehrer völlig abhängig, nichts als Werkzeuge sind, sei es des Staates, sei es der geistlichen Hierarchie, daß die Selbstständigkeit und Eigenart der Schule durch gleichmachende Bevormundung von oben gebrochen wird. Dieselben Tendenzen glaubt der Verfasser nun auch in der Art und Weise, wie das höhere Schulmeister in Elsass-Lothringen geleitet wird, zu erkennen. Er schildert die erfolgreichen Bemühungen der deutschen Regierung, das nach der deutschen Belebung völlig in Auflösung begriffene Schulwesen der Reichslande mit neuem Leben zu erfüllen. Fast alle staatlichen und städtischen höheren Lehranstalten hatten sich von selbst aufgelöst, nur fünf waren im Gange geblieben. Mit größter Energie und rücksichtslosen Geldopfern hat nun die deutsche Regierung an Stelle der eingegangenen neuen Schulen gegründet. Gegenwärtig bestehen 25 höhere Lehranstalten im Reichsland, darunter 11 Gymnasien und 10 Realgymnasien, die zusammen 5322 Schüler zählen, darunter 3544 Eingeborene. Es ist das ein Erfolg, wie er kaum zu hoffen war. Der freiwillige Fortgang der französischen Lehrer war ein Glück, denn nun wurden die Institute ganz von selbst nach deutschem Muster eingerichtet. Diese

deutsche Organisation der Schulen wurde bestätigt durch die am 10. Juli 1873 vom Reichsanziger erschienene Verordnung. Diese zeigt die elßüssischen Schulen in gleicher Ordnung und Ausbildung wie die einer jeden preußischen Provinz, und die elßüssische Jugend kommt der deutschen Lehr- und Erziehungswelt mit freudem entgegen. Allein dieser gedeihliche Aufschwung erscheint dem Verfasser bedroht durch neuere Maßnahmen der deutschen Regierung im Schulwesen der Reichslande; er sieht die Thür geöffnet, durch welche der Geist der französisch-jesuitischen Schule in das deutsche Gebäude einzieht. Er fragt namentlich über das Gesetz vom 23. December 1873, wonach die Directoren an öffentlicher höheren und den Lehrern an öffentlichen niederen Schulen durch Vergütung des Oberpräsidenten jederzeit mit Wartegeld in den Ruhestand versetzt werden können. Damit wird der Director eines Gymnasiums als ein Beamter charakterisiert, der Nicht ist, als das Organ der Regierung. Es hindert gar Nicht mehr, daß eine der politische Regierung von den Directoren fordert, ihr Amt zu missbrauchen im Dienst einer bestimmten kirchlichen oder politischen Richtung, wenn die Schule zu einem einfachen Verwaltungsbereich eintreibt ist. Die zweite Säule, auf der die alte deutsche Schulpflicht ruhte, das Geschäftsrat der Lehrerconferenz, ist am 7. April 1876 durch eine gelegentlich erlassene Verordnung beseitigt. Seit Gründung der Schulen, also fünf Jahre lang, war die Disciplin, die Versetzung, die Erhebung von Schul- und Militärdienstgehalten in der Hand der Conferenz. Der Oberpräsident hat nun in einer Verordnung erklärt, daß den Lehrern überhaupt keine beschließende Stimme zustehe, sondern nur eine Meinungsäußerung, und auf eine Eingabe der Straßburger Oberlehrer an den Reichsanzler, worin auseinandergesetzt war, wie diese scheinbar unverfassliche Rendition den Kern berührte, wie die Disciplin und Lehrmethode der deutschen Schule bedingt sei durch die alte Stellung des Lehrers zur Amtstätte, erfolgte ein der Sache nach ablehnender Bescheid. Auch in Preußen entbehren diese Verhältnisse des bestimmten gesetzlichen Bodens, der erst in dem Unterrichtsjahr wird geschaffen werden müssen. Das preußische Schulgesetz wird mittelbar auch die Schulorganisation der Reichslande regeln und es ist dem Verfasser zu danken, daß er an die Verhältnisse seines neuen Heimatlandes anknüpft, eine Reihe für das Schulwesen so wichtiger Fragen zur Sprache gebracht hat. Die Schule hat die innere Wiedergewinnung des Elsass für Deutschland zu vollenden, und auf diesem Gebiete können alle Mißgriffe ganz besonders verhängnisvoll werden.

#### Tagesgeschichtliche Übersicht.

Leipzig, 27. März.

Ein Socialdemokrat in Hamburg, der Gastwirt Richter, hat dieser Tage in einer großen öffentlichen Versammlung einen Vortrag über die sozialen Kämpfe der Gegenwart gehalten und beiden Theilen, den Arbeitern und den Arbeitgebern, seine Meinung nicht verschwiegen. Es liegt darüber der Bericht des "Hamb. Correspondenten" vor. Der Redner sprach im Hinblick auf die nationale Besinnung Ostfriesland aus, wie durch die Vereinigung der deutschen allgemeinen Arbeiterpartei mit der Eisenacher Richtung sächsischer Particularisten Nebel, Liebnecht, die ganze Arbeiterbewegung in jenes unheilvolle Fahrwasser geleitet worden sei, in welchem sie sich heute zum Schaden des gesamten deutschen Volkes befindet, was auch ihn (Redner) veranlaßt habe, sich von der Bewegung auszuschließen. Das allgemeine Wahlrecht würde erst dann so reich für das deutsche

Ausgabe 15,000.  
Abonnementpreis vierzig Pf. mit  
incl. Bringerlohn 5 Pf.  
Jede einzelne Nummer 20 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postbeförderung 36 Pf.  
mit Postbeförderung 45 Pf.  
Inserate spez. Bourgeois, 20 Pf.  
Werben, Schreiben, laufen, unternehmen  
Preisvergleichs- Tabellarischer  
Satz nach bestem Kons.  
Reklame unter dem Reklamestreif  
die Spalte 10 Pf.  
Inserate sind seit an d. Gedruckten  
zu richten. Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung pränumeranda  
oder durch Postwurfbuch.

#### Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen in nächster Zeit die Kleine Fleischergasse von der Rittergasse bis zur Großen Fleischergasse und die Große Fleischergasse von der Kleinen Fleischergasse bis an die Grundstücke Nr. 6 und 26 dieser Straße, sowie im Laufe dieses Jahres die Motte- und Kneipestraße auf dem Areal der Immobiliengesellschaft neu zu plätschen, und ergeht deshalb an die Besitzer der angrenzenden Grundstücke und beg. an die Einwohner hierdurch die Aufforderung, etwa beabsichtigte, die berechneten Straßenteile beruhende Arbeiten an den Privat-Gas- und Wasserleitungen und Beleuchtungen ungestüm und jedenfalls vor der Neuplatierung auszuführen, da mit Rücksicht auf die Erhaltung eines guten Straßenpflasters dergleichen Arbeiten während eines Zeitraumes von 5 Jahren nach beendetem Neuplatieren in der Regel nicht mehr zugelassen werden.

Leipzig, am 26. März 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi Wangemann.

#### Städtische Gewerbeschule.

Die Schülerarbeiten der städtischen Gewerbeschule, die während des verflossenen Schuljahrs im Modellat. Kursus so wie in den verschiedenen Zeichnen-Cursus angefertigt wurden, liegen im Ausstellungszimmer der Gewerbeschule (östlicher Flügel der III. Bürgerschule unterteilt) von heute bis mit 2. Osterfeiertag in der Zeit von früh 10<sup>1/2</sup> bis 1 Uhr zu geneigter Besichtigung aus.

Leipzig, am 29. März 1877.

Die Direction der städt. Gewerbeschule.  
Kieper, Prof.

Volk werden, wenn auch die untersten Classen jene Bildung und Sittlichkeit sich zu eigen gemacht hätten, welche es ermöglichen, den hohen Werth desselben zu würdigen und persönlich selbstständig zu handeln. Es sei betrübend, wenn man sehe, wie heute die gedankenlose unvorsichtige Massen von sozialistischen Diktatoren zur Wahlurne getrieben werden. Hauptsächlich seien es die sozialistischen Gewerkschaften, welche dem Terrorismus über den Arbeiter Thür und Thür öffneten. Das Gothaer Programm sollte die direkte Gewerbegabe durch das Volk. Wer würde dann die Gelege machen? Eine unverständige, unvorsichtige Massa, und was würde die Folge sein? Die Herausforderung einer Thür, wie sie noch nicht dagewesen. Das genannte Programm verlangt die Volkswehr! Auch er sei dafür, aber erst dann, wenn alle größeren Nachbarstaaten sie einführen und die strengste Disciplin in ihr walte. Erst dann sei diese Forderung vernünftig und könne er sich bis dahin von seinem nationalen Standpunkte aus nicht für Abholzung der feindlichen Heere begeistern. Nachdem Redner nach die sonstigen Punkte des Gothaer Programms kritisch beleuchtet hatte, sprach er zum Schlusse: Die Socialisten predigen den Klassenkampf, es sei aber Unrecht vom Arbeiter, den tödlichen Hass gegen die Besitzer den in sich aufzunehmen zu lassen; aber auch die Besitzenden mit ihrer Intelligenz und Wissenschaft müßten sich nun mehr aufzustellen, sie müßten thatkräftig und ohne Egoismus Schritte zur Lösung der brennenden sozialen Frage thun und in dem Arbeiter das Vertrauen erwecken, daß man ihm ernstlich zu einem menschenwürdigen Dasein verhelfen wolle. Noch sei es Zeit, eine gewaltsame Umwälzung aller Verhältnisse zu hindern, der Tag der Verlöhnung ereißbar! Nicht Hass, sondern die Liebe zum Guten müsse uns alle begeistern.

Bei Gelegenheit des Kaiserlichen Geburtstages las man wieder — wie schon so oft bei ähnlichen Feierlichkeiten — in den Zeitungen: Der Kaiser und die königlichen Prinzen hatten beim Empfang des Erzherzogs Karl Ludwig auf dem Anhalter Bahnhofe dem hohen Halle zu Ehren österreichische Uniformen angelegt und ebenso war als Ehrenwache eine Compagnie des Kaiser-Franz-Garde-Grenadierregiments mit der Fahne und der Regimentsmusik auf dem Perron aufgestellt! — Es dürfte Wenigen bekannt sein, woher diese Sitte fürstlicher Höflichkeiten stammt. Den gegenseitigen Uniformwechsel bei Feste besuchten hat wohl Friedrich der Große gefunden. Als der König 1770 Gott Kaiser Joseph's II. im Lager zu Neustadt in Württemberg war, erschien er mit seinen ganzen Söhnen in einer weißen Phantasieuniform mit Silberstickerei und silbernen Litzen statt der preußischen Spannletts auf den Achseln — und so sahen die Preußen fast ganz aus, wie die Österreichische Es war dies eine partei Aussermacht des großen Königs und Sieges von Prag, Hohenfriedberg x. — gegen seine Freunde, die alle Ursache hatten, die blauen preußischen Uniformen nicht sonderlich zu lieben. Dem Wiener Kongreß war es vorbehalten, die städtische Courtoisie noch weiter auszubilden. In jenen Tagen strahlte Freude, glänzende Spiele und ritterliche Galanterien verliehen sich die deutschen Bundesfürsten und Kaiser Alexander von Russland gegenseitig die schönsten Regimenter und die städtischen Chefs bekleidten sich, bei Besuchten die Uniform des ihnen verliehenen fremdländischen Regiments anzulegen. In Kaiser Wilhelm's riesigen Kleiderbinden hängen so mehr als ein Dutzend fremdländischer, besonders russischer und österreichischer Uniformen jener Regimenter, deren Inhaber er ist. In früheren Tagen, als Kleindeutschland